



**CDU**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



---

## **Antrag der Fraktionen der CDU und Bündnis 90/ Die Grünen im Ortsrat Nikolausberg**

zur Sitzung des Orsrates am 19.05.2022

---

Oberbürgermeisterin der Stadt Göttingen  
c/o Verwaltungsstelle Weende  
Hennebergstraße 11  
37077 Göttingen

Göttingen, 05. Mai 2022

---

### **Nachhaltige Mobilität schaffen**

Wir bitten auf der Tagesordnung der Sitzung des Orsrats am 19.05.2022 folgenden Antrag zu setzen:

Der Ortsrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert,

1. den Fuß- und Radweg an der Ulrideshuser Straße in Richtung Göttingen schnellstmöglich auszubauen und zu sanieren,
2. die Attraktivität und Erreichbarkeit des ÖPNV für den gesamten Ort durch den in der letzten Ratsperiode seitens der GöVB in Aussicht gestellten Probebetrieb eines weiteren Busses durch den Nordwesten Nikolausbergs zu verbessern,
3. Carsharing zu etablieren und
4. an geeigneten Standorten Ladestationen für Elektromobilität zu installieren und gegebenenfalls hierfür die elektrische Versorgung Nikolausbergs zu ertüchtigen.

Begründung:

Nikolausberg liegt in einer Entfernung und auf einer Höhe von den Stadtmitte Göttingens, die eine fußläufige Ausübung der beruflichen Tätigkeit oder Teilhabe an Kultur-, Freizeit- und Versorgungsangeboten für einen großen Bevölkerungskreis weitgehend unmöglich macht. Fällt deshalb die Wahl des Beförderungsmittels auf ein privates Kraftfahrzeug ist dies nicht nur für die Umwelt schädlich und wenig nachhaltig, sondern in Zeiten ausufernder Treibstoffpreise auch unwirtschaftlich und sozial ungerecht. Allerdings sind Alternativen rar:

1. Der Radweg nach Nikolausberg ist viel zu schmal, sanierungsbedürftig und ab dem Ortseingang nicht mehr vorhanden. Eine sinnvolle und vor allem sichere Verkehrslösung fehlt seit Jahren. Deshalb muss unbedingt darauf hingewirkt werden, dass dessen Sanierung und Ausbau nicht weiter aufgeschoben wird. Sollte der Kostenfaktor das limitierende Element sein, wären ggf. auch alternative Finanzierungsquellen wie eine Beteiligung mit Ortsratsmitteln zu diskutieren.
  
2. Die Busanbindung ist ebenfalls ausbaufähig. Die Linien 21 und 22 lassen den nördlichen bzw. nordwestlichen Teil des Ortes weitgehend unversorgt. Dagegen verursachen die Busse zu bestimmten Stoßzeiten an der End- und Ladestation „Auf der Lieth“ einen Stau und Verkehrschaos, sind also offensichtlich dort überproportioniert. Die Linie 23 fährt nur bis zur Haltestelle „Fassberg“ am Max-Planck-Zentrum und wendet dann ohne Nikolausberg anzufahren. Die GöVB hatte deshalb in der letzten Ratsperiode den Probetrieb einer Linie in den Norden angeboten, um den potentiellen Bedarf einer Erweiterung zu eruieren. Ob ein anschließender Echtbetrieb wirtschaftlich möglich wäre, könnte erst nach Auswertung der Fahrgastzahlen eines solchen Probetriebs valide ermittelt werden, so dass das potentielle Kostenargument (welches darüber hinaus dem Haushaltsrechts des Rates vorbehalten bleiben sollte) zu diesem Zeitpunkt nicht trägt.  
Erschwerend kommt hinzu, dass die Rufbusalternative entgegen früherer Zusicherungen seitens der Stadtverwaltung nun doch nicht in Nikolausberg erprobt wird. Darüber hinaus bringt die fehlende Regelmäßigkeit das Risiko mit sich, dass nur wenige Fahrgäste gleichzeitig den Rufbus nutzen könnten. Dann wäre er allerdings ebenso wenig nachhaltig wie ein Taxi oder der Individualverkehr.
  
3. Carsharing-Angebote als Alternative zu einem eigenen Fahrzeug oder als Übergangslösung bis zu besseren Elektromobilitätslösungen existieren in Nikolausberg ebenfalls nicht. Diesbezüglich müssten die Rahmenbedingungen geklärt werden (Anbieter, Standort, Kosten), um ein Mobilitätskonzept abzurunden.
  
4. Elektromobilität steht und fällt mit einer ausreichenden Ladeinfrastruktur, die derzeit höchstens von Eigentümern eigener Stellplätze geschaffen werden kann; alle anderen Bewohner Nikolausbergs sind von dieser umweltverträglicheren Mobilitätsmöglichkeit abgeschnitten, da es keine öffentlichen Ladesäulen gibt. Angesichts des ambitionierten Ziels etwa der Bundesregierung, bis zum Jahr 2023 den Anteil elektrisch angetriebener Fahrzeuge auf 30% zu erhöhen und der voraussichtlich verheerenden Situation auf dem Öl- und Gasmarkt besteht ein dringendes Interesse, dies auch in Nikolausberg umgehend zu ändern. Allerdings ist fraglich, ob die bestehenden Versorgungsleitungen nach Nikolausberg überhaupt die zeitgleiche Ladung einer Vielzahl von Elektrofahrzeugen erlauben würden. Der Antrag TOP 12.1 der Ortsratsitzung v. 18.11.2021 greift insofern u.E. zu kurz.

Fazit: Wenn der Verwaltung der Stadt der „Klimaplan Göttingen 2030“ tatsächlich ein ernstes Anliegen ist und verkehrsbedingte CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich reduziert werden sollen, muss die Attraktivität des Rad- und Busverkehrs auch in Nikolausberg ebenso erhöht werden, wie der Umstieg auf Elektromobilität ermöglicht werden muss.

---

Dr. Ulrich Haselhoff  
für die Fraktion der CDU

---

Dr. Fabian Schlaich  
für die Fraktion Bündnis 90/ die Grünen